

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

1 *Sehr geehrte Damen und Herren,*

der Internationale Währungsfonds (IWF) ist fast weltweit aktiv, wenn es u.a. um regulatorische Eingriffe in das Finanzwesen einzelner Staaten oder sogenannte „Rettungsaktionen“ geht. Das Vorgehen dieser internationalen Institution folgt dabei fast immer einem ganz bestimmten Schema, wie es vor einiger Zeit der Publizist und Buchautor Ernst Wolff („Weltmacht IWF – Chronik eines Raubzugs“) zutreffend feststellte. Es sind laut Wolff die sogenannten „Strukturanpassungsprogramme“ des IWF mit den Schwerpunkten Stabilisierung, Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung, denen sich an einer IWF-Finanzierung interessierte Länder stets und immer unterwerfen müssen. Worum es dabei geht, das illustriert Wolff gerne am Beispiel eines kleinen Dorfes – z.B. in Griechenland gelegen –, das wir uns nachstehend sehr frei nachzuerzählen gestatten:

Es geht dabei, wie gesagt, um ein kleines fiktives Dorf auf einer griechischen Insel, dessen Bewohner bisher ein ruhiges und von bescheidenem Wohlstand geprägtes Leben führten. Doch nun wurde die kleine Dorfschule bei einem Sturm beschädigt und sie muß neu errichtet werden. Die dafür veranschlagten Kosten liegen bei etwa 100 000 Euro. Weil der Neubau dringend erforderlich ist und in der Gemeindekasse nur etwa 50 000 Euro liegen, beauftragen die Bürger ihren Bürgermeister, die örtliche Sparkasse um einen Kredit zu bitten. Wegen des vorhandenen Eigenkapitals ist dies alles kein Problem und die Gemeinde erhält sofort eine Kreditzusage über die erforderlichen 50 000 Euro.

Beim eher korrupten Bürgermeister, der schon bei seiner Wahl mit Bestechung arbeitete, setzt wegen dieses problemlos erlangten Gemeindegeldes ein verhängnisvoller Denkprozeß ein. Er bespricht sich alsbald mit einem befreundeten Bauunternehmer, der leider als ebenso korrupt einzustufen ist. Die beiden beschließen, von dem alsbald der Gemeinde zur Verfügung stehenden Gesamtbetrag von 100 000 Euro kurzerhand jeweils 25 000 Euro abzuzwacken und der Gemeindeversammlung mitzuteilen, daß der Schulneubau leider 50 000 Euro teurer wird als bisher erwartet. Der erforderliche Gesamtkredit steigt damit auf 100 000 Euro und der Bürgermeister begibt sich wieder zur örtlichen Sparkasse, um die Kreditsumme entsprechend aufzustocken.

Dort erlebt er eine böse Überraschung: Einen Schulbau mit 50 % Eigenkapital zu finanzieren, dazu war die Sparkasse gerne bereit. Doch jetzt erscheint ihr der Eigenkapitalanteil angesichts des Vorhabens und des späteren Gebäudewertes viel zu gering und sie zieht sich aus der Finanzierung vollständig zurück. Kein Problem, denkt sich der Bürgermeister und fährt in die Kreisstadt. Doch auch die dortigen Banken winken aus vorgenanntem Grund alle ab. Anschließend werden die Städte, in die der Bürgermeister reist, genauso wie die von ihm angesprochenen Banken immer größer. Aber niemand möchte der kleinen Gemeinde so viel Geld leihen.

Schließlich wendet sich der Mann an den sogenannten „Kreditgeber in letzter Instanz“ – den IWF selbst. Schon beim ersten Kontakt mit dessen Mittelsmännern erlebt der korrupte Kommunalpolitiker eine aus seiner Sicht erfreuliche Überraschung: Sie interessieren sich nämlich überhaupt nicht dafür, ob ihr neuer potentieller Geschäftspartner (die kleine Gemeinde bzw. ihr korrupter Bürgermeister) seriös ist und ob der gewünschte Kredit überhaupt mit hinreichend Eigenkapital unterlegt ist. Sie bewilligen den Kredit statt dessen sehr bereitwillig und „bitten“ lediglich darum, vor der Auszahlung noch ein kleines „Expertenteam“ in das Dorf senden zu dürfen, das dort ein paar „Vorschläge“ unterbreiten wird. Der Bürgermeister willigt nur allzu gerne ein.

Schon wenige Tage später erscheinen die sogenannten „IWF-Experten“. Sie schauen sich in dem Dorf ein wenig um und unterbreiten dem Bürgermeister dann drei Vorschläge, deren Umsetzung vor der endgültigen Kreditbewilligung und -auszahlung bitte einzuleiten sei. Es geht um folgendes:

1. Einer internationalen Großbank soll gestattet werden, neben der örtlichen Sparkasse – die bis dahin die bescheidenen Vermögen der Dorfbewohner und ihre Kreditwünsche stets gut unter einen Hut brachte – eine eigene Filiale zu errichten und dort „moderne“ Finanzprodukte anzubieten. Auf diese Weise soll, so die IWF-Experten, auch in diesem Dorf der Wettbewerb im Finanzwesen zum Vorteil der Dorfbewohner intensiviert werden.
2. Auf dem Wochenmarkt, auf dem bisher die Bauern der Gegend jeden Samstag ihre Produkte anboten, soll ab sofort ein gut gelegener Standort für einen großen internationalen Nahrungsmittelkonzern freigehalten werden. Auch damit soll angeblich der Wettbewerb gefördert werden, damit die Dorfbewohner langfristig gesehen Nahrungsmittel zu dann niedrigeren Preisen kaufen können.
3. Und schließlich soll der Brunnen in der Dorfmitte, über den die meisten Bewohner kostenlos ihr Trinkwasser beziehen, einem im Wasserbereich tätigen, internationalen Investor überschrieben werden. Und auch dies natürlich nur, weil ein solcher Investor effizienter und damit wirtschaft-

licher arbeiten könne als der Gemeindemitarbeiter, der bisher von Zeit zu Zeit die zum Brunnen führende Rohrleitung reinigte.

Weil der Bürgermeister noch ganz erfreut über die Tatsache war, daß der IWF den Kredit sofort bewilligen wollte, ohne z.B. ihn und seinen korrupten Partner (den ausführenden Bauunternehmer) auf ihre Seriosität zu überprüfen oder gar die veranschlagte (überhöhte) Bausumme zu hinterfragen, wollte er den Kreditvertrag sofort unterzeichnen. Doch da gebe es vorher noch eine Kleinigkeit zu erledigen, bremsten ihn die IWF-Vertreter. Aus „natürlich“ nur rein formalen Gründen lege man beim IWF Wert darauf, daß die Gemeinde die vorstehend skizzierten „Verbesserungsvorschläge“ der IWF-Experten als ihre eigenen deklariere und in einem „Letter of Intent“ (Absichtserklärung) dem IWF vorschlage, damit dieser sie nur noch „akzeptieren“ müsse. Das Geld vor Augen akzeptiert der Bürgermeister auch noch diesen „Vorschlag“, und der Kredit wird alsbald ausgezahlt. Kurz vorher, bei der Unterzeichnung des Kreditvertrages, mußte die Gemeinde allerdings noch eine kleine Zusatzbedingung schlucken. Sollte das Dorf einmal in Zahlungsschwierigkeiten geraten, heißt es nun im Kreditvertrag mit dem IWF, muß es diesen vor allen anderen möglichen Gläubigern des Dorfes auszahlen.

Die anschließenden Pressemeldungen kennt man zur Genüge: Der IWF brüstete sich wieder einmal, die Finanzsituation unseres „Beispieldorfes“ mit seinem Kredit „stabilisiert“ und damit die Wiedererrichtung einer Dorfschule überhaupt erst ermöglicht zu haben. Die erwachsenen Dorfbewohner freuen sich und die Kinder – zumindest manche von ihnen – bedauern das nun nahende Ende der schulfreien Zeit. Doch schon wenig später kommt es zu erheblichen Veränderungen im bisher beschaulichen und weitgehend konfliktfreien Dorfleben.

Als erstes fällt den Dorfbewohnern auf, daß ihr Brunnen nunmehr abgedeckt und mit einem Schloß versehen ist. Das bisher kostenlose Wasser muß nun, in Flaschen abgefüllt, gegen Bezahlung in einem nahe gelegenen Laden abgeholt werden. Nach der Übergabe des Dorfbrunnens an einen internationalen Investor müssen die Dorfbewohner also nun für ein Gut, das ihnen bisher so gut wie kostenlos (sieht man vom anteiligen Lohn des Gemeindearbeiters einmal ab) zur Verfügung stand, bezahlen. Noch ist das Wasser für sie erschwinglich, doch erste Preiserhöhungen sind bereits angekündigt.

Wenig später folgt auf dem Wochenmarkt der nächste Schock: Die ersten örtlichen Bauern mußten bereits ihre Stände schließen, weil auf dem neuen Marktstand des internationalen Nahrungsmittelkonzerns ähnliche Waren zu weitaus geringeren Preisen angeboten wurden. Doch sobald die letzten Marktbauern das Handtuch geworfen haben werden, das steht fest, dürften auf dem Stand des Nahrungsmittelkonzerns die Preise kräftig anziehen.

Und schließlich trifft es auch die örtliche Sparkasse. Sie muß schließen, weil sie mit den bis dahin überaus günstigen Konditionen der Großbank nicht mithalten konnte. Doch kaum sind die Sparkassenschalter geschlossen, wen wundert es noch, verteuert die Großbank ihre Dienstleistungen erheblich.

Während die meisten Dorfbewohner nun den Gürtel immer enger schnallen müssen, fällt ihnen auf, daß es dem Bürgermeister und dem Bauunternehmer erstaunlich gut geht. Doch sie können sich dies nicht erklären, ahnen sie doch nichts von den jeweils 25 000 Euro, die beide für sich ergaunert haben. Weil für die Masse der Dorfbewohner die finanziellen Probleme immer erdrückender werden, kommt es schließlich zu offenen Protesten gegen den IWF. Doch das lassen dessen Vertreter nicht auf sich sitzen – sie präsentieren den Dorfbewohnern schließlich den vorgenannten „Letter of Intent“ und verkünden mit Unschuldsmine, daß sie nur nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt und ausschließlich Maßnahmen umgesetzt hätten, die ihnen kein anderer als der demokratisch gewählte Vertreter der Dorfbewohner (der korrupte Bürgermeister) aus völlig freien Stücken vorgeschlagen habe . . .

Soweit dieses zugegebenermaßen stark vereinfachte und teilweise auch etwas übertriebene Beispiel für die Arbeit des IWF. Wir wünschen Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, gleichwohl ein gutes neues Jahr 2019! (tb)

2 Mittelmeer: NGOs stellen auf Yachten um

Nachdem die meisten Anrainerstaaten die Einsätze privater „Rettungsorganisationen“ auf dem Mittelmeer blockiert hatten, ist dort auch die Zahl der ertrunkenen oder vermissten Menschen deutlich gesunken. Doch nun rüsten die sich als „Seenotretter“ ausgebenden Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) offenbar um und auf. Die Schiffe sollen u.a. zunehmend in Deutschland registriert werden, weil man sich davon einen höheren diplomatischen Schutz erhofft und statt mit wenigen, eher größeren Schiffen möchte man in Zukunft mit einer größeren Flotte kleinerer Fahrzeuge operieren. Dabei denkt man auch an den Einsatz privater Segelyachten – drei (offenbar deutsche) Yachtbesitzer sollen ihre Schiffe bereits angeboten haben.

Vor diesem Hintergrund ist ein wieder höheres Bootsflüchtlingsaufkommen mit entsprechend steigenden Unglückszahlen zu befürchten. Dabei werden die NGOs in zunehmender Konkurrenz zum mit immer mehr Schlauchbooten aufgerüsteten libyschen Küstenschutz stehen, der viele Menschen schon bald nach ihrem Start „rettet“ und der dabei auch in zynischer Konkurrenz zu den Menschenschleusern und deren „Abnehmern“ auf europäischer Seite steht. Statt von diesem Erfolg zu berichten, erzählte u.a. die deutsche „Tagesschau“ von der deshalb zunehmenden Not in den libyschen Flüchtlingslagern. Auf die naheliegende Frage, ob zu den nun überquellenden Flüchtlingslagern nicht die NGOs selbst zu einem gewissen Teil beigetragen haben, kam man in der Tagesschau-Redaktion „natürlich“ nicht . . .

Es scheint vordergründig ein gordischer Knoten zu sein, der nach Auffassung des Wissenschaftsportals „Sciencefiles“ jedoch einfach zu durchschlagen wäre: Die Seenotretter-NGOs müßten dazu einfach ihr bisheriges „Geschäftsmodell“ aufgeben und ihr hohes Spendenaufkommen in den Ausgangsländern zur Bekämpfung der Fluchtursachen einsetzen. Dann fiel für viele Menschen der Anreiz weg, z.B. über Libyen den Weg nach Europa zu suchen. (tb)

3 Zur Rechtslage in der „Straße von Kertsch“

Geht es um die Durchfahrtsrechte durch die das Asowsche mit dem Schwarzen Meer verbindende „Straße von Kertsch“, sieht Alexander Proelß (Professor für Internationales Seerecht an der Universität Hamburg) „bessere Rechtsgründe für das Bestehen eines Durchfahrtsrechts ukrainischer Schiffe“, sofern es durch diese „nicht zur Androhung oder Anwendung von Gewalt“ gekommen sei. „Sowohl Russland als auch die Ukraine dürfen im Asowschen Meer und über die Straße von Kertsch Hoheitsrechte ausüben, weshalb eine Sperrung der Durchfahrt (durch Russland, die Red.) zwangsläufig ukrainische Hoheitsrechte verletzt“, führt der Rechtsgelehrte zur Begründung an. Und er ergänzt, daß die Rechtslage nicht zuletzt auf der Tatsache beruht, daß die Annexion der Krim durch Russland bis heute nicht international anerkannt wurde.

Weiterhin gültig sei darüber hinaus ein aus dem Jahr 2003 stammendes Kooperationsabkommen zwischen der Ukraine und Russland, in dem explizit auch wechselseitige Durchfahrtsrechte durch die „Straße von Kertsch“ vereinbart wurden, „weil beide Staaten den Zugang zu ihren Küstenstädten brauchen“. Sollten ukrainische Schiffe dagegen jedoch einen Waffengebrauch angedroht oder vollzogen haben, hätte laut Proelß die russische Seite einen potentiellen Grund für eine Sperrung der Meerenge: „In diesem Fall kann sich Russland auf den Schutz seiner Souveränität berufen.“ (tb)

4 „Gilets jaunes“: Proteste gegen den Elitedünkel

Die über mehrere Wochen Frankreich erschütternden Massenproteste der sogenannten „Gelbwesten“ („Gilets jaunes“) richteten sich zunächst gegen Teile der Steuerpolitik von Präsident Emmanuel Macron und entwickelten sich dann nach Auffassung mancher Frankreich-Kenner zu einem Aufstand gegen die das Land beherrschende politische Elite. Deren spätere Vertreter werden im Regelfall nach wie vor schon vor der Reifeprüfung, an den sogenannten Sekundarschulen, ausgewählt – oft nach wie vor nach ihrer Herkunft – und mit (wenig) Lob und (viel) Tadel gefördert. Im Regelfall schließt sich dann ein Studium an einer der meistens nahe Paris gelegenen Eliteuniversitäten an, an deren Spitze nach verbreiteter Beobachterauffassung die Verwaltungshochschule ENA – an der auch Frankreichs gegenwärtiger Staatspräsident Emmanuel Macron von 2002 bis 2004 studierte – steht.

Die Protestanten der „Gilets jaunes“ stellen ein recht breites Spektrum der französischen Zivilgesellschaft dar, die von ganz normalen „kleinen Leuten“ aus der Provinz dominiert wird und deren Lebensstil von weiten Teilen der französischen Polit-Elite nicht nur nicht geteilt, sondern sogar verachtet wird. Es sind im Regelfall früh aufstehende, hart arbeitende und ihre Kinder erziehende Menschen, die oft deshalb auf dem Land leben, weil dort vieles günstiger ist. Auch aus Kostengründen fahren viele von ihnen ältere Dieselaautos, die die Politik ihnen einst mit Subventionen schmackhaft machte und auf die sie auf dem Land dringend angewiesen sind. Und nun macht, ähnlich wie in Deutschland, die französische Politik ihnen u.a. diese einst empfohlenen Vehikel madig.

Es sind meistens, aber nicht nur die grün-linken Eliten (spöttisch oft als „Bobos“ der „Bohémien-Bourgeoisie“ bezeichnet), die in ihren Parallel-Universen leben und die das Leben der Normal-Franzosen nicht nur nicht kennen, sondern darauf auch nicht die geringste Rücksicht nehmen. Während sich die Letzteren durchs Leben kämpfen, frönt die links-grüne „Elite“ bedenkenlos ihren ideologisch verbrämten Utopien, schwärmt von völlig offenen Grenzen und jettet von einem „Klimagipfel“ zum nächsten. Und dies alles, wen wundert es, meistens auf Staatskosten, also zu Lasten der französischen Steuerzahler. Dies ist das unter vielen Protestanten der „Gilets jaunes“ vorherrschende Gefühl, sieht man einmal von den darunter auch anzutreffenden Chaoten und Gewalttätern einmal ab. Und im direkten Vergleich unterscheiden sie sich hinsichtlich ihrer ökonomischen Situation und Gefühlslage nur wenig von der deutschen Mittelschicht!

Doch diese ist weniger rebellisch, Massenproteste wie in Frankreich scheinen hierzulande noch undenkbar. Aber in den europäischen Schaltzentralen der Macht nimmt die Sorge vor sich möglicherweise ausbreitenden Protesten – auch in anderen europäischen Staaten – gleichwohl zu. Längst wurden erste „Gelbwesten“ in Belgien gesichtet und auch in Deutschland soll es bereits einige Sympathisanten geben. Wie groß die tatsächliche Angst der europäischen und einiger nationaler Machthaber vor dieser Entwicklung ist, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, daß die „regierungstreue“ Presse die „Gilets jaunes“ zunächst als ein eher regionales Ereignis abzutun versuchte und dann die spätere Berichterstattung auf die – gewiß abzulehnende – gewalttätige Seite dieser Proteste fokussierte. (tb)

5 Hintergrunddiskussionen zum möglichen Kanzlerwechsel

Hinter den Kulissen wird in Berlin natürlich ausführlich über die Möglichkeiten und Umstände diskutiert, unter denen die neue CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer schon mit dem Kanzleramt bekleidet (und entsprechendem Amtsbonus) in den nächsten Bundestagswahlkampf ziehen könnte. In den meisten Hintergrundgesprächen wird dabei von einem Bruch der Großen Koalition auf Initiative der SPD ausgegangen. Dieser wäre zu einem ersten Zeitpunkt nach der Europawahl im kommenden Mai denkbar, wenn dabei die SPD hinter die Union, die Grünen und auch noch die AfD rutschen sollte.

Die derzeitige SPD-Vorsitzende Andrea Nahles käme dann um einen Rücktritt kaum mehr umhin und die Große Koalition (als ein die Stimmenverluste vermeintlich auslösendes Übel) könnte platzen. Um eine auch für die Union mit Unsicherheiten behaftete Neuwahl zu vermeiden, dürfte man dort die Bildung einer von den Grünen und der FDP geduldeten Minderheitsregierung anstreben. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge wäre dies aber kaum mehr mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin erreichbar. Merkel soll für diesen Fall bereits signalisiert haben, daß sie dann zu einem „Stabwechsel“ an Kramp-Karrenbauer bereit wäre. Und wenn nicht im Frühjahr/Sommer 2019 könnte sich ein ähnliches Szenario für den Herbst/Winter ergeben, wenn die von der SPD geforderte Bestandsaufnahme zur „Halbzeit“ der Großen Koalition zu einem aus Sicht der Sozialdemokraten unbefriedigenden Ergebnis (u.a. in Form einer Gefahr weiterer Stimmenverluste bei Wahlen) führen sollte. (tb)

6 Zur Risikolage in beliebten Reiseländern

Die bei den Deutschen nach wie vor recht beliebten Reiseländer Ägypten und die Türkei werden von Fachleuten als für Reisende nicht unbedingt sicher eingestuft. Dies ergibt sich aus einer kürzlichen Studie der auf die Lokalisierung internationaler Gefährdungslagen spezialisierten Agentur A3M. Politische Instabilitäten sorgen danach in beiden Ländern beispielsweise für eine erhöhte Anschlaggefahr. Eine gewisse Gefährdung sei auch in Spanien gegeben, wo es zuletzt im Jahr 2016 in Barcelona zu einem großen Terroranschlag gekommen war.

Alleinreisenden Frauen wird vor allem in Ägypten zu hoher Vorsicht geraten. Städtereisen nach Kairo oder auch Überlandfahrten durch die Wüste seien für diese mit erhöhten Gefahren verbunden. In Italien ist nach derzeitiger Expertenauffassung immerhin noch die Gefahr am größten, in eine Streiksituation zu geraten und für Indonesien wird angesichts der jüngsten Unglücke vor weiteren, diversen Naturgefahren gewarnt. Als vergleichsweise „sicher“ stufen die A3M-Experten gegenwärtig dagegen die Vereinigten Arabischen Emirate, die Tschechische Republik, Portugal, die Malediven, Island und die Seychellen ein. Letztere allerdings mit der Einschränkung nur unterdurchschnittlicher Werte bei der Gesundheitsversorgung. (tb)

7 Euroraum: Die Weichen für eine Schulden-Vergemeinschaftung werden gestellt

In der Europäischen Union (EU) kommen die Befürworter einer Stärkung Brüssels immer weiter voran. Der u.a. von Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron vehement geforderte „europäische Finanzminister“ rückt damit genauso wie die Idee eines „Europäischen Währungsfonds“ in greifbare Nähe. Während die Befürworter dieser Projekte nicht müde werden, deren angeblich stabilisierende Einflüsse auf die gemeinsame Kunstwährung Euro und den dahinter stehenden Finanzmarkt zu preisen, befürchten Kritiker das genaue Gegenteil. Beide Konzepte dienen nach deren Auffassung letzten Endes nur dazu, den einzelnen Euroländern eine immer höhere Verschuldung zu ermöglichen und die dann unweigerlich zu befürchtenden Bankpleiten zu Lasten aller europäischen Sparer und Steuerzahler (also zu einem großen Teil denen aus Deutschland) abzuwickeln.

Nach Macrons Vorstellungen sollte ein „europäischer Finanzminister“ in erster Linie europäische Anleihen herausgeben und den größten Teil der so eingenommenen Gelder den einzelnen EU-Staaten zur Verfügung stellen, was unter dem Strich zu nichts anderem als einer „Europäisierung nationaler Schulden“ führen würde. Es liegt auf der Hand, daß man vor allem in Deutschland dieser zukünftigen „Zahlmeisterrolle“ skeptisch gegenüber steht. Doch das ist noch gar nichts im Gegensatz zu den Plänen, die EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hegt. Ihm schwebt ein mit großen Machtbefugnissen ausgestattetes „europäisches Finanzministerium“ vor, dessen Minister in Personalunion dem Rat der nationalen Finanzminister vorstehen, Vizepräsident der EU-Kommission und Chef des dann noch zu bildenden „Europäischen Währungsfonds“ sein soll. Beide Konzepte würden zu einer Stärkung der EU-Kommission und Schwächung der EU-Mitgliedsstaaten führen, das von Macron allerdings etwas weniger stark als das von Juncker.

Aus dem Europäischen Stabilitäts-Mechanismus (ESM) soll also ein Währungsfonds (dann EWF genannt) nach dem Vorbild des Internationalen Währungsfonds (IWF) werden, der einzelnen Euroländern dann mit Krediten (gegen alle möglichen Auflagen, man kennt dies ja vom IWF) aushilft, wenn alle anderen Kreditmöglichkeiten – einschließlich IWF – ausgereizt sind. Weitere Kredite könnten an Euro-Beitrittskandidaten zur Schaffung der dafür erforderlichen Voraussetzungen vergeben werden und schließlich sollte der EWF auch bei Bank-Zusammenbrüchen dann mit Krediten aushelfen, wenn die Sicherungssysteme überfordert sind. Das gegenwärtige ESM-Grundkapital von etwas über 700 Mrd. € soll zunächst nicht angehoben werden, mit hohen weiteren Einzahlungsanforderungen auf das den einzelnen Euroländern zugeordnete Grundkapital (derzeit sind erst etwa 80 Mrd. € gezahlt) bliebe natürlich fest zu rechnen. Man muß eigentlich gar nicht erwähnen, daß Deutschland auch hier der mit Abstand größte Zahlmeister ist . . .

Die bisherigen Reaktionen der französischen Regierung auf die sogenannten „Gelbwesten-Proteste“ belasten den ohnehin angespannten französischen Staatshaushalt jährlich mit einem zweistelligen Milliarden-Euro-Betrag. Sie sind ein „gutes“ Beispiel dafür, wie schlechte oder nicht genügend durchdachte politische Entscheidungen später mit immer neuen Ausgaben (gleich Staatsschulden) „gerettet“ werden müssen. Die Einnahmen aus Steuern und Gebühren reichen dazu in den meisten Euroländern längst nicht mehr aus. Und eine Erhöhung dieser Einnahmen (durch z.B. höhere Steuersätze) scheint auch kaum mehr möglich. Die Abgabenlast ist längst erdrückend und jede weitere Erhöhung kann, siehe Frankreich, heftige Proteste auslösen. Die denkbare „EWF-Finanzierung“ mag deshalb etlichen Politikern des Euroraums als eine zunächst attraktive Lösungsmöglichkeit dieses Problems erscheinen. Sie vergessen dabei allerdings, daß auch EWF-Mittel nicht unbegrenzt generierbar sind. (tb)

8 Cyberangriffe auf Schiffe

In diesem Jahr nahm nach Angaben von Militärstellen der USA und der NATO insbesondere im östlichen Mittelmeer die Zahl derjenigen Zwischenfälle deutlich zu, bei denen die Satellitennavigationssysteme ziviler Frachtschiffe entweder jeden Satellitenkontakt verloren (und damit nicht mehr einsatzbereit waren) oder die – schlimmer noch – offenbar von außen beeinflusst Kursänderungen empfahlen, die die Schiffe dann direkt in die Arme von Geiselnehmern o.Ä. geführt hätten. Manche Sicherheitsexperten für den internationalen Schiffsverkehr empfehlen ihren Kunden deshalb längst, die Satellitennavigationssysteme am besten ganz abzustellen, wenn sie gerade in „piratengefährdeten“ Bereichen unterwegs sind. (tb)

9 Für Sie aufgelesen:

„Der Vater liest die Zeitung, sein Sohn sieht ihm über die Schulter und entdeckt ein Bild des renovierten Reichstages in Berlin. ‚Papa, warum hat denn dieses Gebäude eine Kuppel?‘ – ‚Störe mich nicht dauernd! Jeder Zirkus hat eine Kuppel!‘“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eyrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.